

## **Statement von Roderich Kiesewetter MdB zum Pressegespräch des Landratsamts Ostalb, Donnerstag, 21. Februar 2019, „No-Nein-Njet“**

Als Kind der Ostalb liegt mir unsere Heimat am Herzen und es ist mir ein Kernanliegen, den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs auch im ländlichen Raum zu fördern. Die Öffentlichkeit muss intensiv in die Debatten eingebunden werden – denn Außen- und Sicherheitspolitik trägt dazu bei, dass wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.

Das absehbare Scheitern des INF-Vertrags ruft Erinnerungen an die Zeiten der Blockkonfrontation wach. Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle stehen im Zentrum der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus diesem Anlass bin ich dieser Tage nach Japan gereist, um über diese Fragen mit unseren Partnern zu diskutieren. Als Nachbar von China, was nicht an den INF gebunden ist und über rund 1000 Mittelstreckenraketen verfügt, ist für Japan die potentielle Bedrohung dieser Waffensysteme ebenfalls elementar. Es gilt eine vorurteilsfreie, unaufgeregte und klug abwägende Debatte zu führen – sowohl mit unseren engsten Partnern, als auch mit unserer Bevölkerung.

In meiner Jugend war der Beginn der Debatte um die Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern das bestimmende Thema der 1980er Jahre. Bereits damals habe ich großen Wert darauf gelegt, dass der Diskurs für und wider einer Nachrüstung mit nuklear bestückbaren Mittelstreckenraketen differenziert geführt wird.

Der INF-Vertrag verbot der UdSSR und Russland als Rechtsnachfolger sowie den USA die Produktion, Tests und Stationierung konventioneller sowie nuklearer landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 KM. Damit hat dieser bilaterale Vertrag eine Annäherung zwischen der NATO und der Sowjetunion überhaupt möglich gemacht, indem Misstrauen abgebaut wurde und hat maßgeblich mit zum Ende des Kalten Kriegs beigetragen. Die nukleare Bedrohung durch Mittelstreckenraketen ist für Europa bislang für dreißig Jahre gebannt gewesen.

Seit dem Jahr 2008 hatten die USA unter Präsident Obama Hinweise darauf, dass Russland die Entwicklung einer Mittelstreckenrakete, die unter den INF fällt, begonnen hat. Die Erkenntnisse haben sich in den Folgejahren verdichtet, dass eine Einführung dieser neuen Raketen in die Landstreitkräfte geplant ist. Auf bilateraler Ebene wurde der Dialog gesucht, jedoch lehnte Russland dies ab. Ab dem Jahr 2014 erhöhte die USA den Druck und machte seine Vorwürfe öffentlich. Scheibchenweise gab Russland zu, ein neues System getestet zu haben, nachdem es zuvor behauptet hatte, es besäße kein neues System. Im Frühjahr 2018 offenbarte Russland, was sich nicht mehr leugnen ließ, beharrt jedoch bis heute darauf, dass dieses neue System eine Reichweite von unter 500 KM habe. Die US-Administration unter Präsident Trump riss der Geduldsfaden und stieg überstürzt, ohne Konsultationen mit seinen NATO-Partnern, aus dem Vertrag aus, indem sie ihn am 01. Februar 2019 suspendierten.

### **Infolge dieser Analyse halte ich fest:**

1. Russland hat den Vertrag über viele Jahre hinweg schleichend unterlaufen und bislang nicht eingelenkt, um nachprüfbar zu belegen, dass sein neues System INF-vertragskonform ist. Eine „Besichtigung“ des Systems von außen, ohne Flugvorführung und Übermittlung technischer Daten, ist nicht ausreichend.

2. Die NATO steht unter Handlungsdruck: Die USA haben ohne Rücksprache mit ihren Partnern den Ausstieg beschlossen und keine Folgemaßnahmen abgesprochen.
3. Deutschland als Mitglied der NATO und Kernland in Europa hat eine besondere Bündnisverantwortung, den Zusammenhalt zu stärken und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger beizutragen.
4. Nur ein geeintes Vorgehen der NATO verhindert, dass Zonen unterschiedlicher Sicherheit im transatlantischen Bündnis entstehen. Jedes Mitglied muss denselben Schutzstatus genießen.
5. Sicherheits- und Abrüstungspolitik hängen eng miteinander zusammen: Durch beidseitige Abrüstung entstehen mehr Sicherheit, Vertrauen und Berechenbarkeit.
6. Die Vorzeichen der internationale Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik haben sich verändert: China, Pakistan, Indien, Nordkorea und der Iran verfügen über Mittelstreckenraketen. Russland und die USA richten deshalb ihren Blick nach Asien und nicht mehr alleinig nach Europa.

Unter diesen Gesichtspunkten muss eine neue Agenda für eine erfolgreiche Rüstungskontrolle erarbeitet werden. Festigkeit, Zusammenhalt im Bündnis sowie der kompromissbereite Dialog sind dafür notwendig. Zur Wahrheit gehört leider auch, dass einseitige Abrüstungsschritte nicht zu mehr Sicherheit geführt haben: Die Ukraine hat 1994 im Gegenzug zur Abgabe ihrer Atomwaffen als 3. stärkster Nuklearstaat der Welt ihre territoriale Souveränität und Selbstbestimmung von Russland im Budapester Memorandum zugesichert bekommen. Heute hat die Ukraine die Krim-Annexion, 13.000 Tote im Donbass und über 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge bitter zu beklagen.

Die Abrüstung der 1980er Jahre wäre nicht denkbar gewesen, wenn nicht auch die Handlungsbereitschaft der NATO gegeben wäre. In der UdSSR fanden keine Massendemonstrationen statt, welche die sowjetische Führung dazu veranlasst hätten, ihrerseits abzurüsten. Es war der Zwang, an den Verhandlungstisch mit den USA zurückzukehren.

Ich habe deshalb eine Initiative vorgeschlagen: Russland muss die Bedrohung Europas durch seine neuen Mittelstreckenwaffen ausschließen – entweder rüstet es diese ab, oder es verlegt die Standorte ostwärts des Urals, sodass diese Europa nicht erreichen können. Mein Koalitionskollege Rolf Mützenich (SPD) unterbreitete denselben Vorschlag. Gleichzeitig, so unser Vorschlag, sollten die USA ihrerseits eine umfassende Inspizierung ihrer konventionellen Raketenabwehreinrichtungen in Osteuropa zulassen. Angesichts der veränderten geopolitischen Lage ist ein multilateraler INF-Vertrag in unserem Interesse, insbesondere muss China einbezogen werden. Russland wird wohl nicht auf seine neuen Systeme verzichten wollen. Deshalb kommt es darauf an, dass nachprüfbar die Bedrohung Europas ausgeschlossen wird. Eine nukleare Nachrüstung ist nicht in unserem Interesse – heutzutage sind eine Vielzahl militärischer Abwehr- und Gegenmaßnahmen denkbar. Die NATO hat bereits eindeutig herausgestellt, dass keine „spiegelbildliche“ Reaktion, also nukleare Nachrüstung, auf die russische Vertragsverletzung geplant ist – im Gegensatz zu

Russland, das bereits androht, die USA und seine Entscheidungszentren ins Visier zu nehmen, wenn neue Mittelstreckenwaffen stationiert werden. Das ist eine inakzeptable rhetorische Eskalation. Die NATO hat klug auf eine Eskalation im Informationskrieg um die Deutungshoheit verzichtet. Nun muss unter allen Partnern beraten werden, welche Maßnahmen folgerichtig sind, um ein nukleares Wettrüsten zu verhindern, als auch eine Zone ungeteilter Sicherheit zu ermöglichen. Ich spreche mich dafür aus, in den anstehenden Monaten bis zu formellen Vertragsauflösung im August 2019 einen Dialog mit Russland zu führen, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken, Berechenbarkeit zu erhöhen und Weichen für ein multilaterales Vertragswerk zu stellen. Gleichzeitig muss aber auch Druck aufgebaut werden – mit dem Verzicht auf jegliche militärische Gegenmaßnahme wird Russland in die Hände gespielt: Denn dies würde dazu führen, dass NATO-Partner im Osten, besonders Polen mit einer anderen Bedrohungsperzeption ihrerseits Atomwaffen auf ihrem Territorium fordern. Damit wäre die NATO gespalten und es würde völlig unsinnig die Verbreitung von Atomwaffen in Europa begünstigt werden. Das gilt es zu verhindern!

Ich werde weiterhin durch meine Mandatstätigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik dafür arbeiten, dass Abrüstung und Rüstungskontrolle durch einen intensiven Dialog ermöglicht wird, um eine Bedrohung Europas durch ein neues Wettrüsten zu verhindern.